

Stadtbeobachtung aktuell

39
2007

Familienfreundlichkeit aus Bürgersicht Wiesbaden im Städtevergleich



Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden
ISSN: 1612-6246
- September 2007

Bezug

Amt für Wahlen,
Statistik und Stadtforschung
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-54 34
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de

Statistische Auskünfte

Tel.: 06 11/31-24 03
E-Mail: statistik@wiesbaden.de

Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.
Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.



◆ Hintergrund und Methode

Familienfreundlichkeit steht im Fokus nationaler als auch europäischer Sozialpolitik

Familienfreundlichkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf genießen eine hohe Priorität auf der europäischen Agenda. Auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit besitzt die Thematik momentan einen hohen Stellenwert, erkennbar an den in jüngster Zeit auftretenden politischen Diskussionen über die Kinderbetreuung.

Die Kommunen sind aufgefordert, ein familienfreundliches Umfeld zu bieten

Angesichts zurückgehender Geburtenzahlen avancieren Familien zunehmend zu einem harten Wirtschaftsfaktor, denn Abwanderung und Einwohnerverluste führen unmittelbar zu Einnahmeausfällen bei Steuern und Finanzzuweisungen. Die Kommunen sind daher aufgefordert, für ein ansprechendes Wohnumfeld und sonstige infrastrukturelle Einrichtungen zu sorgen, welche die Lebensqualität von Familien positiv beeinflussen.

Wie beurteilen die Wiesbadener ihre Stadt in puncto Familienfreundlichkeit?

Wie aber schätzen die Wiesbadener Bürger/-innen ihre Stadt in puncto Familienfreundlichkeit ein? In welchen Bereichen sehen sie die Verwaltung besonders in der Verantwortung? Und wie bewerten sie die bisherigen Möglichkeiten, die sich ihnen etwa im Bereich der Kinderbetreuung in Wiesbaden bieten?

Telefonische Befragung in Wiesbaden und sechs weiteren bundesdeutschen Städten

Diese Fragen wurden 1 001 zufällig ausgewählten Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern gestellt, die Ende 2006 an einer telefonischen Befragung teilgenommen haben¹. Mit identischer Methode wurden auch Einwohner/-innen von Braunschweig, Bremen, Dresden, Köln, Nürnberg und Oberhausen befragt. Da die Erhebung auf einer freiwilligen Initiative dieser Städte im Rahmen des KOSIS² Gemeinschaftsprojektes „Urban Audit“ beruht, handelt es sich keineswegs um einen repräsentativen Querschnitt aller bundesdeutschen Städte.

Verschiedene Rahmenbedingungen lohnen den Vergleich

Trotzdem ergeben sich aus der Verschiedenheit der Städte interessante Vergleichsmöglichkeiten, nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen politischen Rahmen-

¹ Telefonische Befragung (CATI) von n=5 602 Personen in 7 Städten; deutschsprachige Personen ab 15 Jahren, die durch eine repräsentative Zufallsstichprobe ausgewählt wurden.

² KOSIS: Kommunales Statistisches Informationssystem des Verbandes Deutscher Städtestatistiker

bedingungen der Bundesländer bzw. in den Kommunen. Aufgrund der besonderen Betroffenheit stehen die Meinungen von Befragten mit Kindern im Haushalt im Vordergrund der folgenden Ergebnisdarstellung. Interessant wäre auch die Sicht von Erwerbstätigen mit Kindern sowie nach verschiedenen Altersstufen des Nachwuchses, doch aufgrund geringer Fallzahlen ist diese Aufschlüsselung nicht sinnvoll.

◆ „Objektive“ Situation vor Ort

In jedem fünften Haushalt in Wiesbaden und Oberhausen lebt ein Kind; geringfügig mehr als in den übrigen Städten

Rund 3,3 Millionen Menschen leben in den sieben beteiligten Städten. Wie in Tabelle 1 zu erkennen, unterscheiden sich die Städte nur wenig hinsichtlich der Anteile von Kindern, die dort leben. In nahezu jedem fünften Haushalt leben ein oder mehrere Kind(er) im Alter von unter 18 Jahren. Wiesbaden und Oberhausen haben mit jeweils 20,3 % den höchsten Anteil an Haushalten mit Kindern. Die übrigen Städte erreichen Werte zwischen 16,6 und 18,5 %.

Tab. 1:
Kennzahlen zu den teilnehmenden Städten

	Oberhausen	Braunschweig	Wiesbaden	Nürnberg	Dresden	Bremen	Köln
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	218 089	240 171	274 964	493 689	496 021	546 826	998 001
Anteil der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren an allen Haushalten	20,3 %	16,6 %	20,3 %	18,1 %	16,8 %	17,5 %	18,5 %
Anteil der Kinder unter 3 Jahren	2,8 %	2,4 %	2,8 %	2,5 %	2,8 %	2,4 %	2,7 %
Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 ½ Jahren	3,3 %	2,8 %	3,3 %	3,7 %	2,9 %	2,8 %	3,1 %
Anteil der Kinder von 6 ½ bis unter 10 ½ Jahren	3,8 %	3,2 %	3,8 %	3,3 %	2,8 %	3,5 %	3,5 %
Anteil der Kinder von 0 bis 10 ½ Jahren	9,9 %	8,4 %	9,9 %	9,5 %	8,5 %	8,8 %	9,3 %
Fertilitätsrate (Lebendgeborene bezogen auf 1 000 Frauen von 15 bis 45 Jahren)	37,9	42,4	43,2	40,7	46,9	40,4	41,3
Beschäftigtenquote (SV-Beschäftigte am Wohnort je 1 000 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren)	478	494	505	518	515	456	458
Beschäftigtenquote der Frauen (SV-Beschäftigte Frauen am Wohnort je 1 000 Einwohnerinnen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren)	407	455	479	488	524	425	426
Plätze im Krippenbereich von Kindertagesstätten je 100 Kinder im Alter von unter 3 Jahren ¹⁾	5,9	8,6	11,7	5,0	30,0	.	5,4
Plätze im Elementarbereich von Kindertagesstätten je 100 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 ½ ¹⁾	87,8	87,7	89,7	72,6	106,3	.	86,0
Plätze im Hortbereich von Kindertagesstätten je 100 Kinder im Alter von 6 ½ bis unter 10 ½ Jahren ¹⁾	0,8	11,9	17,4	21,8	35,4	.	19,7
Betreuungsplätze für Kinder von 6 ½ bis unter 10 ½ Jahren (Hortbereich plus betreuende Grundschule) je 100 Kinder dieser Altersgruppe	32,1	21,6	33,0	22,6	81,6	.	25,7

1) Für Bremen liegen keine vergleichbaren Daten zu Betreuungsplätzen nach Altersgruppen vor

Stand: 31.12.2006 bzw. Jahreswert 2006; Beschäftigte: 30.06. bzw. 30.09.2006

Quelle: Statistische Ämter der beteiligten Städte



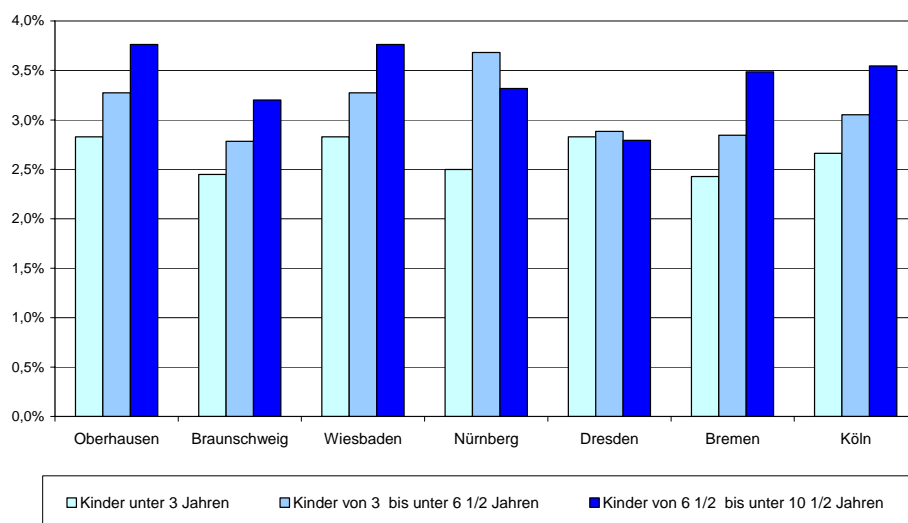
Betreuungsangebote für Kinder zielen vor allem auf jüngere Altersgruppen

Hier sind insbesondere Kinder bis einschließlich des Grundschulalters von Interesse, da die Angebote der Tagesbetreuung in erster Linie auf diese Altersgruppen zielen.

In Wiesbaden und Oberhausen leben geringfügig mehr Kinder unter 10 ½ Jahren als in den übrigen Städten

Der Anteil der Kinder im Alter bis 10 ½ Jahren an der Gesamtbevölkerung liegt in den jeweiligen Städten zwischen 8 und 10 %: darunter im Schnitt 2,6 % unter 3-Jährige, 3,1 % 3- bis 6 ½-Jährige und 3,4 % 6 ½- bis 10 ½-Jährige (s. Bild 1). Zusammen mit Oberhausen präsentiert sich Wiesbaden mit 9,9 % als die Stadt mit dem höchsten Anteil an Kindern bis zum Ende des Grundschulalters. Die übrigen Städte unterscheiden sich nur geringfügig mit Werten zwischen 8,4 % und 9,5 %.

Bild 1:
Anteil der Kinder verschiedener Altersgruppen an der Bevölkerung in den sieben teilnehmenden Städten



Stand: 31.12.2006

Quelle: Statistische Ämter der beteiligten Städte



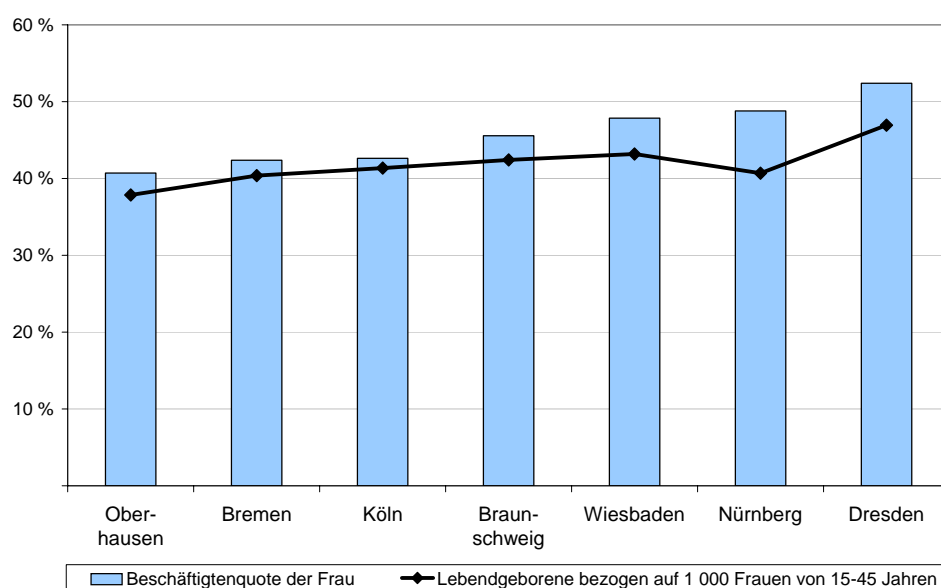
Dresden weist die höchste Fertilitätsrate auf, dahinter folgt Wiesbaden

Bezogen auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren wurden im Jahr 2006 die meisten Kinder in Dresden geboren. Die Fertilitätsrate liegt dort mit 46,9 am höchsten (s. Bild 2). Wiesbaden reiht sich mit einem Wert von 43,2 dahinter ein. Es folgen Braunschweig, Köln, Nürnberg und Bremen, die ebenfalls Werte von über 40 erreichen. Lediglich in Oberhausen, wo der Anteil von Kindern bis 10 ½ Jahren an der Gesamtbevölkerung gleich dem Wiesbadener ist, erreicht die Fertilitätsrate in 2006 lediglich 37,9.

Untersuchungen zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen der Beschäftigtenquote von Frauen und der Zahl der Geburten

Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich besonders dringlich für Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, sowie für Alleinerziehende. Aus internationalen Vergleichen ist bekannt, dass die Fertilitätsraten sich v. a. in denjenigen Ländern stabil bzw. positiv entwickelt haben, wo die Berufstätigkeit von Frauen bzw. Müttern unterstützt wird (etwa durch Betreuungsangebote), während dort, wo es weniger familienunterstützende Maßnahmen gibt, auch die Geburtenraten sinken (z. B. Bericht der Europäischen Kommission über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, September 2005).

Bild 2:
Beschäftigtenquote der Frauen und Fertilitätsrate in den beteiligten Städten



Quelle: VDS / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006
Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung der Landeshauptstadt Wiesbaden



Ausnahme: Nürnberg

Dieser Zusammenhang zwischen hoher Frauenerwerbstätigkeit und hoher Fertilität findet sich auch in den hier beteiligten Städten (s. Bild 2). So weist Dresden neben der höchsten Beschäftigungsquote unter den Frauen auch die höchste Fertilitätsrate auf. Dies kann als Hinweis für familienfreundliche Rahmenbedingungen in der Elbstadt gedeutet werden. Mit sinkender Beschäftigungsquote unter den Frauen sinkt auch die Fertilitätsrate bei den übrigen Städten. Nur Nürnberg weicht etwas von diesem Trend ab.

◆ Generelle Meinung zur Beachtung von familiären Belangen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In mehr als der Hälfte der Städte sehen die Bürger/-innen familiäre Belange durch die Kommune zu wenig beachtet

Die Situation der Familien vor Ort wird grundsätzlich als verbesserungswürdig eingeschätzt. Über die Hälfte der befragten Bürger/-innen (60 %) sagen, dass die Wünsche und Probleme von Familien durch Politik und Verwaltung zu wenig bzw. gar keine Beachtung finden. In keiner der Städte überwiegt die Meinung, dass das Thema stark gewürdigt wird. Am positivsten schneidet Nürnberg ab, wo etwas mehr als ein Drittel der Befragten eine starke oder sehr starke Berücksichtigung der Belange von Familien attestiert.

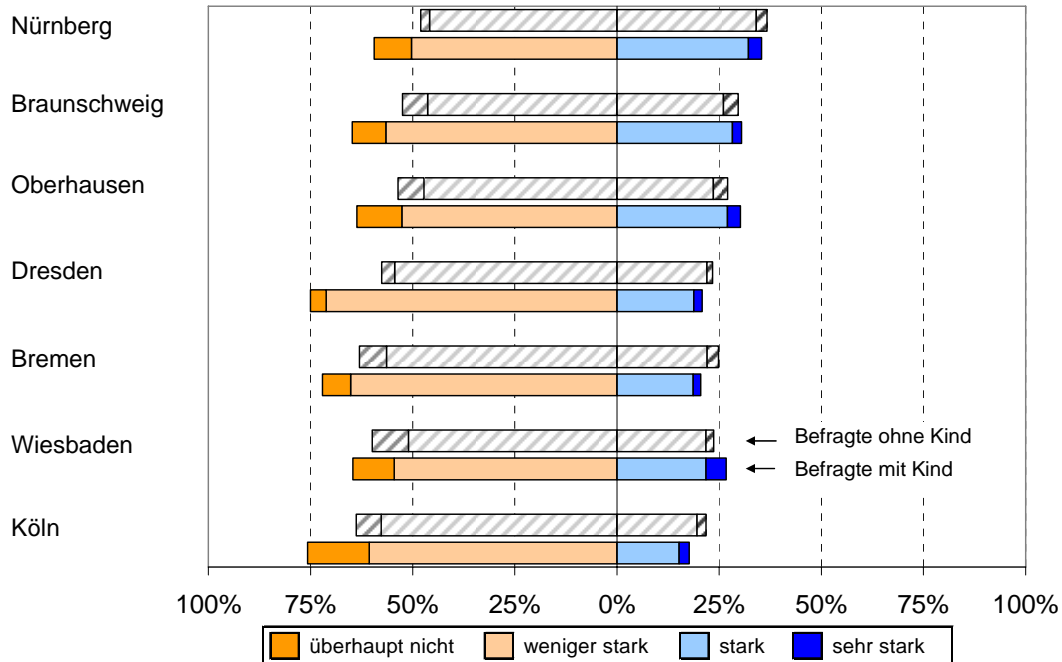
Jeder zehnte Wiesbadener findet familiäre Belange überhaupt nicht beachtet

Nahezu jede zehnte in Wiesbaden befragte Person findet die Belange von Kindern überhaupt nicht beachtet. In den anderen sechs Städten sind, wenn überhaupt, nur Personen mit Kind derart unzufrieden. Lediglich die Kölner fühlen sich insgesamt noch weniger wahrgenommen als die Wiesbadener.

Generell äußern sich Befragte mit Kindern unzufriedener

Betrachtet man nur die Antworten von Befragten, in deren Haushalt Kinder unter 15 Jahren leben, fallen die Urteile in allen Städten etwas kritischer aus (s. Bild 3). Hier schneidet Wiesbaden vergleichsweise besser ab. Neben den Kölnern sind auch die Bremer und Dresdner mit Kindern deutlich unzufriedener. Oberhausen und

Bild 3:
Beachtung der Wünsche und Probleme von Familien durch Politik und Verwaltung



Frage: Was meinen Sie, wie stark beachten Politik und Verwaltung in (Stadtname) die Wünsche und Probleme von Kindern?

Quelle: VDS / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006
Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung der Landeshauptstadt Wiesbaden

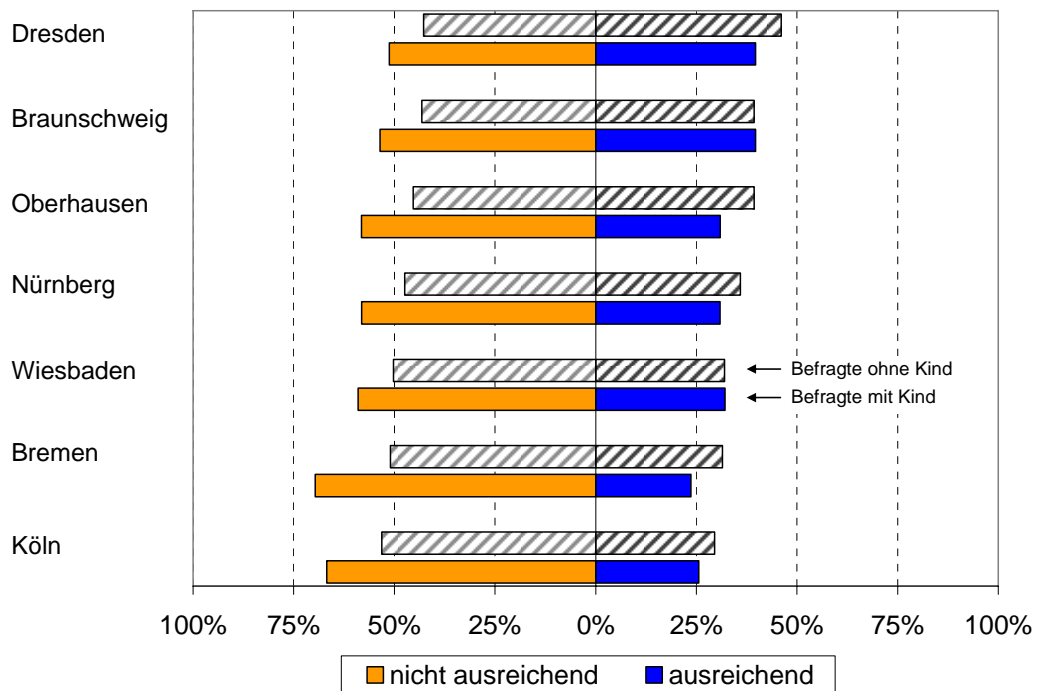


Braunschweig liegen etwa gleich auf mit der hessischen Landeshauptstadt. Nur in Nürnberg finden Kinder deutlich stärkere Beachtung. Kinderlose hingegen äußern sich häufiger indifferent.

Jeder zweite Wiesbadener hält die Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf unzureichend

Auch in der Frage nach den Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigen sich einige Defizite wie in der Frage zuvor. Jeder Zweite in den beteiligten Städten sieht die Möglichkeiten als nicht ausreichend an, 35 % zeigen sich mit dem Angebot zufrieden. Lediglich in Dresden halten sich die Meinungen die Waage. Wiesbadens Bürger/-innen halten die Möglichkeiten in 52 % der Fälle für unzureichend und in 32 % für ausreichend (s. Bild 4).

Bild 4:
Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Frage: Was meinen Sie zum Thema Beruf und Familie: Glauben Sie, dass es für Familien in (Stadtname) ausreichende Möglichkeiten gibt, Beruf und Familie zu vereinbaren?

Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006
Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung der Landeshauptstadt Wiesbaden



Befragte mit Kindern sind unzufriedener als Kinderlose

Zwischen den Personen mit und ohne Kindern gehen die Meinungen auseinander. In Wiesbaden zeigen sich Familien mit Kindern etwas unzufriedener (59 %) als solche ohne Kinder (50 %). Für die übrigen Städte gilt ein ähnlicher Trend. Besonders stark sind die Differenzen in Bremen.

Frauen bewerten die Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf kritischer als Männer

Wiesbadens Frauen, wie jene der übrigen Städte auch, sehen im Vergleich zu den Männern die sich bietenden Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf häufiger als nicht ausreichend an (58 % gegenüber 46 %).

◆ Verantwortung der Stadt für familiäre Belange

Die Bürger/-innen wurden auch danach befragt, in wie fern sie ihre Kommune im Hinblick auf familiäre Belange in der Verantwortung sehen. Dabei geht es etwa um die Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit mit Berufstätigkeit. Im Vergleich dazu wurde auch die Zuständigkeit der Kommune für die Belange anderer Zielgruppen erfragt.

Drei Viertel der Wiesbadener sehen ihre Stadt in einer starken Verantwortung gegenüber behinderten und älteren Menschen

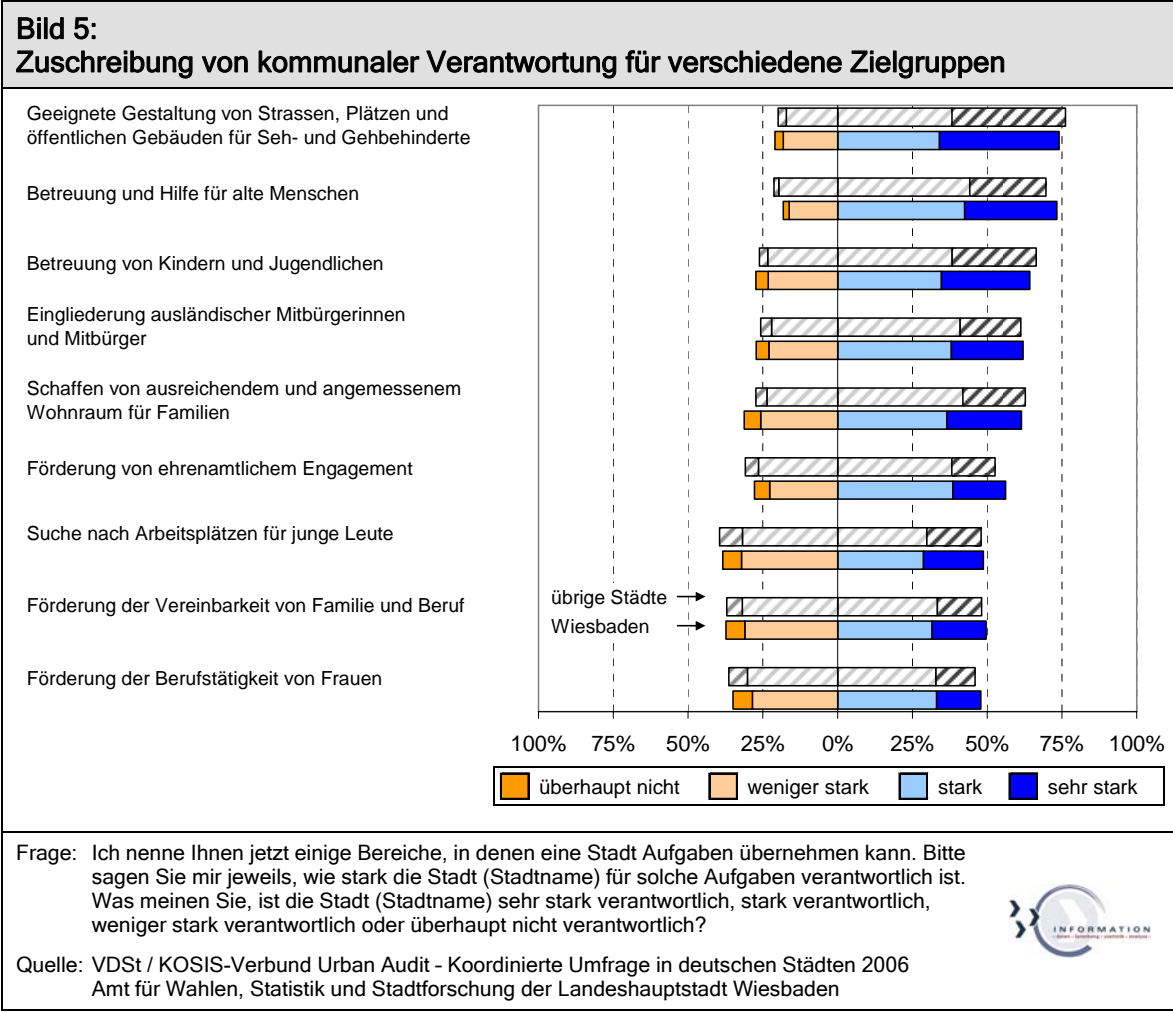
Drei von vier Wiesbadenern sehen eine starke Verantwortung der Stadt im Bereich der geeigneten Gestaltung des öffentlichen Raums für seh- und gehbehinderte Menschen (s. Bild 5). Annähernd diese Größenordnung erreicht auch die Betreuung und Hilfe für ältere Menschen, an die im Vergleich zu den anderen Städten in Wiesbaden die größten Erwartungen gestellt werden.

Familienrelevante Aspekte werden etwas weniger oft, aber immer noch von einer Mehrheit der Befragten, als kommunale Aufgaben gesehen

Demgegenüber werden familienrelevante Aspekte etwas weniger stark der kommunalen Verantwortung zugeschrieben. Am stärksten noch wird die Stadt in der Pflicht gesehen, was die Betreuung von Kindern und Jugendlichen betrifft. Es folgt die Versorgung mit angemessenem Wohnraum für Familien. Jeder vierte Befragte in Wiesbaden sieht hier eine sehr starke Verantwortung auf Seiten der Stadt – annähernd hohe Anteile finden sich nur in Köln und Nürnberg (23 %).

Auf den Arbeitsmarkt bezogene Themen fallen am wenigsten in den Aufgabenbereich der Stadt

Am wenigsten sehen die Bürger/-innen ihre Stadt in der Verantwortung gegenüber Familien bei Aspekten, die mit dem Arbeitsmarkt in Verbindung stehen. Konkret sind dies die Förderung der Berufstätigkeit der Frau, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Suche nach Arbeitsplätzen für junge Leute. Zwar überwiegen auch in diesen Punkten die Antworten, welche eine starke oder sehr starke Verantwortung bei der Stadt sehen, gegenüber jenen, die dies weniger der Stadt zuschreiben. Aber weniger als jeder zweite Befragte ist dieser Meinung.



Wiesbadener mit Kind(ern) sehen eine größere Verantwortung in familiären Belangen auf Seiten der Stadt

Über alle befragten Städte hinweg sehen Befragte mit Kindern ihre Kommune tendenziell stärker in der Verantwortung, vor allem wenn es um die Belange von Familien geht. Gerade die Wiesbadener Befragten, die gemeinsam mit einem Kind im Haushalt leben, nehmen ihre Stadt besonders stark in die Pflicht: Die Antwortkategorie „sehr starke Verantwortung“ erreicht unter den Wiesbadenern mit Kindern jeweils die höchsten Anteile von allen Städten.

Hinsichtlich der Verantwortung für andere Zielgruppen unterscheiden sich Befragte mit und ohne Kinder nicht systematisch

Bei Aspekten, die keinen direkten Bezug zu Kindern haben, zeigen sich dagegen kaum Meinungsunterschiede zwischen den Befragten mit und ohne Kindern. Und obwohl dies in Zukunft die eigenen Kinder betreffen könnte, sehen Personen mit Kindern kaum eine größere Verantwortung seitens der Stadt in puncto Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Leute als Personen ohne Kinder.

*Kinderlose enthalten
sich häufiger einer Beurteilung*

Es fällt auf, dass Kinderlose in allen Bereichen häufiger keine Beurteilung abgeben. Das kann ein Zeichen dafür sein, dass bestimmte Problemstellungen für diese Personengruppe eine geringere Relevanz haben als für Familien mit Kindern. Interessanterweise trifft dies nicht auf die Betreuung von alten Menschen zu. Hier haben die öffentlichen Diskussionen über den demographischen Wandel eventuell zu einer Meinungsbildung beigetragen.

◆ **Möglichkeiten, das Leben mit Kindern in der Stadt zu vereinfachen**

Ein weiterer Fragenkomplex bezieht sich darauf, wie die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten vor Ort einschätzen, das Leben mit Kindern in der Stadt zu vereinfachen. Im Vordergrund stehen hierbei verschiedene Angebote zur Kinderbetreuung. Gefragt wurde außerdem nach der Verfügbarkeit von bezahlbarem, familien-gerechtem Wohnraum und nach der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr.

*Gefragt wird nach
der Quantität der Angebote,
die Qualität wird
nicht berücksichtigt*

Durch die vorgegebenen Antwortkategorien wurden die genannten Möglichkeiten zur Vereinfachung des Lebens mit Kindern hauptsächlich nach ihrer Quantität beurteilt: gibt es davon in der Stadt zu wenige, ist das Angebot gerade richtig oder gibt es nach Einschätzung der Bürger/-innen davon gar zu viele. Rückschlüsse auf die Qualität der Angebote in den einzelnen Bereichen können daher nicht gezogen werden.

Da der gesamte Fragenkomplex ausschließlich Aspekte des Lebens mit Kindern anspricht, gilt im Folgenden das Hauptaugenmerk den Einschätzungen der Befragten mit Kindern.

*Wiesbadener mit Kindern sehen
Kinderbetreuungsmöglichkeiten
als unzureichend an*

Und eben jene zeigen sich in Wiesbaden äußerst kritisch, was die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung in der hessischen Landeshauptstadt anbelangt. Unter allen teilnehmenden Städten empfinden die Wiesbadener mit Kindern die Betreuungsangebote für verschiedene Altersstufen am häufigsten als nicht ausreichend. Im Ein-

zelenen betrifft dies die Ganztagsbetreuung von Kindern im Kindergartenalter, den Bereich Ganztagschulen, die Betreuung von Grundschulern am Nachmittag und von Kindern der Klassen fünf bis sieben sowie Angebote während der Ferienzeit. Lediglich bei den Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren werden die unzufriedenen Wiesbadener noch von den Kölner Befragten übertroffen. Die Bremer votieren in diesem Punkt ähnlich negativ wie die Wiesbadener.

Ein großes Defizit betrifft die Betreuung von Grundschulern außerhalb der Schulzeit

Im interkommunalen Vergleich sehen auffallend viele Wiesbadener Befragte ein Defizit bei den Betreuungsmöglichkeiten für Grundschüler außerhalb der Schulzeit: Zwei Drittel der mit Kindern lebenden Wiesbadener äußern sich derart. Mit Ausnahme von Köln, wo es annähernd so viele sind, vertritt in den übrigen Städten „nur“ etwa die Hälfte der Befragten diese Auffassung, in Dresden lediglich jeder Vierte.

Die Dresdner zeigen sich bei der Kinderbetreuung am zufriedensten

Allgemein sind die Befragten mit Kindern in der sächsischen Landeshauptstadt am ehesten mit den vorhandenen Möglichkeiten zur Kinderbetreuung bis zum Ende der Grundschulzeit zufrieden. Im Bereich der Ganztagschulen gilt dies für die Oberhausener.

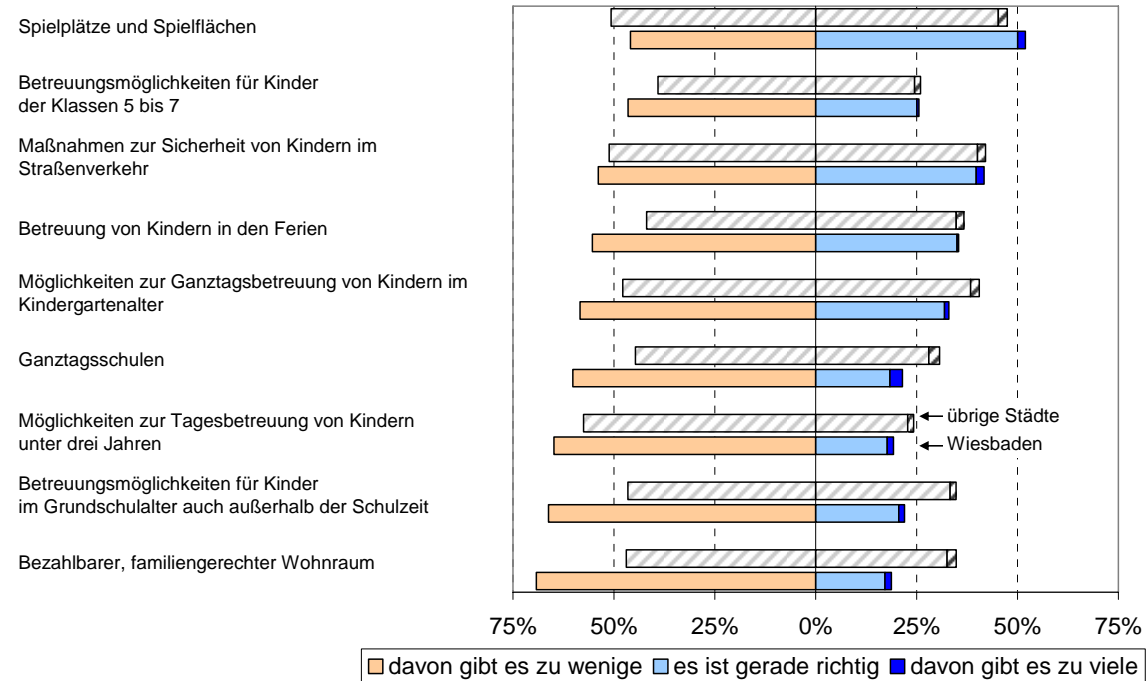
Am stärksten monieren die Wiesbadener das fehlende Angebot an familiengerechtem Wohnraum

Neben den Betreuungsmöglichkeiten für Kinder empfinden die Wiesbadener vor allem das Angebot an bezahlbarem, familiengerechtem Wohnraum als nicht ausreichend. Rund 70 % der Befragten sind dieser Meinung (s. Bild 6). Lediglich Köln votiert ähnlich negativ, in den übrigen Städten hält der Wohnungsmarkt nach Meinung der Befragten mehr Möglichkeiten für Familien bereit.

In puncto Spielplätze zeigt sich ein ausgeglichenes Meinungsbild

Was die Spielplätze für Kinder anbelangt, zeigt sich ein ausgeglichenes Meinungsbild zwischen den beteiligten Städten. Jeder zweite Wiesbadener mit Kind empfindet die Möglichkeiten als angemessen, der Anteil derer, denen es zu wenige sind, liegt um etwa 5 Prozentpunkte darunter. Lediglich in Oberhausen und Köln überwiegen jene Stimmen, welche die Zahl an Spielplätzen als zu gering betrachten.

Bild 6:
Versorgung mit verschiedenen Angeboten für Familien mit Kindern
– Nur Befragte mit Kindern



Frage: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die das Leben mit Kindern in (Stadtname) einfacher machen. Was meinen Sie zu (...) vor Ort?

Quelle: VDS / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006
Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung der Landeshauptstadt Wiesbaden



Dies gilt auch für die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr

Relativ einhellig auch die Meinung der Befragten in allen Städten zu den Maßnahmen zur Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr. In Wiesbaden gibt jeder zweite Interviewte mit Kind an, davon gäbe es nicht genug. Weitere 40 % halten die ergriffenen Maßnahmen für gerade richtig. Die Abweichungen zwischen den übrigen Städten fallen nicht weiter ins Gewicht.

Kinderlose enthalten sich vermehrt der Beurteilung

Personen ohne Kinder im eigenen Haushalt (nicht in Bild 6 enthalten) enthalten sich in allen Städten häufiger einer Beurteilung.

◆ Betreuungssituation in den Städten

Spiegeln die Zufriedenheiten die Versorgungslagen in den Städten wider?

Inwiefern spiegeln nun die verschiedenen Zufriedenheiten mit der Versorgung mit familienrelevanten Angeboten die unterschiedliche Angebotslage an öffentlichen Betreuungseinrichtungen in den Städten wider?

Aus historischen Gründen unterscheidet sich das Angebot an Betreuungseinrichtungen in West- und Ostdeutschland

Kinderbetreuung wird gewährleistet durch einen Mix aus institutionalisierten Einrichtungen öffentlicher und freier Träger sowie privaten Arrangements durch Verwandte, Bekannte oder Tagesmütter. Dieser Mix kann je nach Tradition und politischen Rahmenbedingungen verschieden sein. Beispielsweise finden sich in den neuen Bundesländern nach wie vor sehr hohe Anteile öffentlicher Betreuungsangebote, die selbst im internationalen Vergleich im Spitzenniveau angesiedelt sind. Die große Anzahl öffentlicher Betreuungsangebote resultiert aus DDR-Zeiten und konnte auch nach der Deutschen Einheit weitgehend aufrecht erhalten werden.

Die Gesamtsituation in der Kinderbetreuung kann nicht abgebildet werden, da es keine Vergleichsdaten zu privaten Betreuungsleistungen gibt

Im folgenden können privat organisierte Betreuungsangebote leider nicht erfasst werden. Das heißt, es ist keine Einschätzung darüber möglich, wie gut der Betreuungsbedarf von Familien in den jeweiligen Städten insgesamt gedeckt wird. Gleichwohl wird mit den hier herangezogenen Daten über öffentlich bereitgestellte Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und Grundschulen der institutionalisierte Teil von Betreuungsmöglichkeiten abgedeckt. Dieser ist Hauptgegenstand der öffentlichen Diskussion wie auch der kommunalen Politik.

Die „Platz-Kind-Relation“ bezieht die Betreuungsplätze auf die Kinder im jeweiligen Alter

Ein wichtiger Indikator zum Angebot an Kinderbetreuung ist die „Platz-Kind-Relation“, d. h. die Zahl der Plätze bezogen auf die Zahl der Kinder im entsprechenden Alter. Diese Betreuungsquote gibt Auskunft darüber, wie viele Kinder rein rechnerisch ein altersgemäßes Angebot der Kindertagesbetreuung wahrnehmen können.

Wiesbaden hat von den beteiligten westdeutschen Städten die höchsten Betreuungsquoten

Unter den beteiligten westdeutschen Städten weist Wiesbaden Ende 2006 die höchsten Betreuungsquoten auf (s. Bild 7)³. Dies trifft sowohl auf den Bereich der

³ Für Bremen liegen keine vergleichbaren Daten zu Betreuungsplätzen nach Altersgruppen vor.

Krippen (unter 3-Jährige) als auch die Kindergärten (3- bis 6 ½-Jährige) und Betreuungsplätze für 6 ½- bis unter 10 ½-Jährige zu. Für letztgenannte wurde neben dem Angebot an Hortbereichen von Kindertagesstätten auch Plätze an betreuenden Grundschulen berücksichtigt. Im Städtevergleich ist in Wiesbaden die Relation der Kinder zu den angebotenen Plätzen im Krippenalter besonders günstig (12 %), mitunter doppelt so hoch wie in den übrigen Städten.

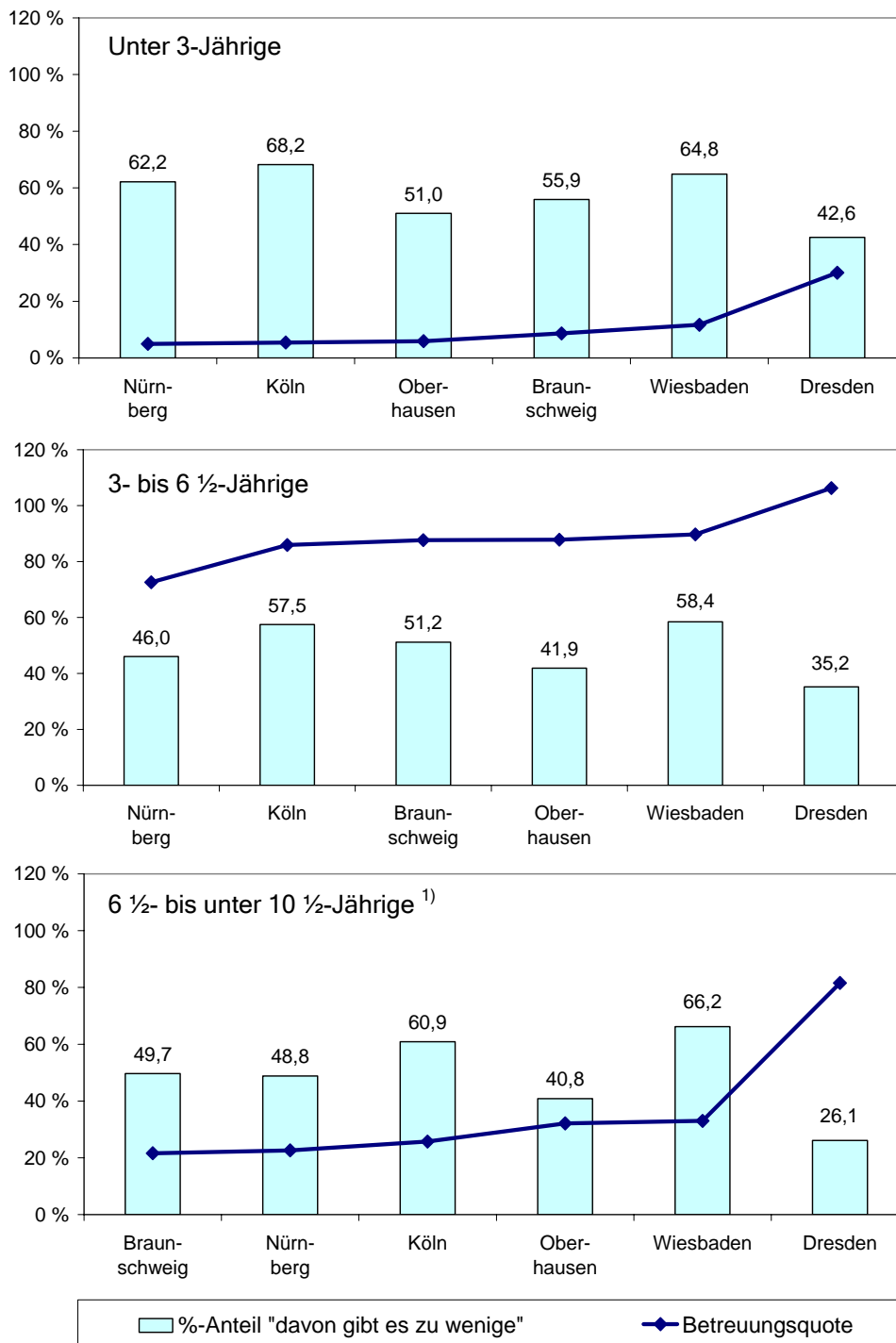
Als einzige Stadt aus den neuen Bundesländern blickt Dresden auf die höchsten Platz-Kind-Relationen

Die mit Abstand höchsten Betreuungsquoten in allen angesprochenen Altersklassen hat Dresden als einzige teilnehmende Stadt aus den neuen Bundesländern. Die dortigen Platz-Kind-Relationen übersteigen jene Wiesbadens um mehr als das zweifache: im Krippenbereich 30 % in Dresden gegenüber 12 % in der hessischen Landeshauptstadt, im Grundschulalter 82 % gegenüber 35 %. Im Elementarbereich gleichen sich die Betreuungsquoten zwischen den Städten langsam an. Hier schlägt vermutlich der 1992 beschlossene und ab 1996 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Kindergarten für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt zu Buche.

Die Zufriedenheit lässt sich nicht allein durch die Betreuungsquoten im Bereich öffentlicher Betreuungseinrichtungen erklären

Stellt man das Angebot an Betreuungsplätzen und die subjektiven Einschätzungen einander gegenüber, sollte von folgender Beziehung auszugehen sein: je höher die Betreuungsquote für die verschiedenen Altersgruppen in einer Stadt ist, desto weniger Bürger sind der Meinung, dass es zu wenige dieser Einrichtungen gibt. Wie Bild 7 zeigt, trifft dieser Schluss auf Dresden zu. In Wiesbaden jedoch sind trotz der im Vergleich zu den übrigen westdeutschen Städten höheren Platz-Kind-Relationen verhältnismäßig viele Befragte der Meinung, dass die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nicht ausreichen. Der interkommunale Vergleich legt hier den Schluss nahe, dass die höhere Unzufriedenheit der Wiesbadener weniger Ausdruck geringer Platzzahlen ist, als vielmehr überdurchschnittlich hoher Ansprüche an die öffentlichen Betreuungskapazitäten.

Bild 7:
Betreuungsquote und subjektive Einschätzung zur Versorgung
mit Betreuungsangeboten verschiedener Altersstufen
– Nur Befragte mit Kindern



1) Beurteilung der Betreuungsmöglichkeiten außerhalb der Schulzeit; Betreuungsquote bezogen auf Betreuungsplätze im Hortbereich von Kindertagesstätten und betreuenden Grundschulen

Quelle: VDSSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006
 Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung der Landeshauptstadt Wiesbaden



◆ Fazit

Was die Beachtung der Wünsche und Probleme von Familien durch Politik und Verwaltung betrifft, so gibt es aus Sicht der Wiesbadener, wie auch der übrigen Städte, enormen Handlungsbedarf. 60 % sind der Ansicht, dass familiäre Belange nicht ausreichend beachtet werden, allein jeder zehnte Befragte findet sie überhaupt nicht ernst genommen.

Ähnlich ist das Meinungsbild, wenn es um die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Jeder zweite Wiesbadener hält diese vor Ort für unzureichend, ein Drittel dagegen sieht diese als genügend an. Personen mit Kindern sind noch unzufriedener als Kinderlose. Männer hingegen betrachten die Möglichkeiten im Vergleich zu Frauen öfter als ausreichend an.

Die Familienfreundlichkeit einer Stadt speist sich aus vielen verschiedenen Rahmenbedingungen. Nicht alle davon sind direkt und allein durch Kommunalpolitik gestaltbar. Man denke etwa an betriebliche Möglichkeiten zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Die Bürger/-innen nehmen dies durchaus wahr - und sehen die Kommunen nicht für alle Aspekte von Familienfreundlichkeit gleichermaßen in der Pflicht. Am geringsten ist die Zuschreibung kommunaler Verantwortung für arbeitsmarktbezogene Rahmenbedingungen wie die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen. Mehrheitlich als kommunale Aufgabe wird allerdings die Betreuung von Kindern und Jugendlichen gesehen: fast zwei Drittel der Befragten sehen die Stadt als (sehr) stark für diese Aufgabe verantwortlich.

Wiesbadener mit Kindern nehmen im Vergleich zu den anderen befragten Städten die Kommune bei familiären Belangen stärker in die Pflicht. Auch ist in keiner der anderen sechs Städte die Unzufriedenheit mit Betreuungsangeboten größer, mit Ausnahme der Angebote für Kinder unter drei Jahren, wo die Bremer und Kölner ebenfalls sehr unzufrieden sind. Gleichwohl verfügt Wiesbaden unter den befragten westdeutschen Städten über

die günstigsten Betreuungsquoten im Bereich der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Möglicherweise sind die Antworten der Wiesbadener besonders kritisch, da zum Zeitpunkt der Befragung dieses Thema vor Ort in der öffentlichen Diskussion stand. Die neue Stadtverordnetenmehrheit hatte im Bereich der Kinderbetreuung große Handlungsbedarfe formuliert und die Presse berichtete häufig über das Thema.

Dresden hingegen, als einzige Stadt des Vergleichs in den neuen Bundesländern, kann noch weitaus höhere Betreuungsquoten aufweisen und erreicht gleichzeitig auch die höchste Zufriedenheit ihrer Bürger/-innen im Bereich der Kinderbetreuung.

Äußerst kritisch zeigen sich die Bewohner der hessischen Landeshauptstadt, wenn es um bezahlbaren, familiengerechten Wohnraum in Wiesbaden geht. 60 % finden, davon gibt es zu wenig. Ebenso hoher Problemdruck findet sich noch in Köln, während in den übrigen Städten deutlich weniger als 50 % dieser Meinung sind.

Aus Bürgersicht gibt es also an vielen Stellen Verbesserungsbedarf, was die Familienfreundlichkeit Wiesbadens betrifft. Zur Verfolgung dieser Querschnittsaufgabe sind nicht nur verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung und Stadtplanung gefragt, sondern darüber hinaus auch alle anderen gesellschaftlichen Akteure, die Einfluss darauf nehmen, welche Bedingungen zum Arbeiten, Wohnen und Leben die Familien vor Ort vorfinden.

Bearbeiter: Lars Redert und Stefanie Neurauter



► Frühere Publikationen auf Anfrage möglich

- | | | |
|----|---|------------------|
| 21 | Folklore im Garten im echten Jugend-Test
- Ergebnisse der BesucherInnen-Befragung | (Dezember 2000) |
| 22 | Das Friedhofswesen auf dem Prüfstand
- Umfrageergebnisse zur Bürgerfreundlichkeit | (Januar 2001) |
| 23 | Bekanntheitsgrad und Beurteilung der frauenspezifischen Einrichtungen
und Angebote in Wiesbaden | (Juli 2001) |
| 24 | Sozio-demographischer Strukturwandel in der Wiesbadener Innenstadt | (Dezember 2002) |
| 25 | Wiesbadener Online
- Internetnutzung und Perspektiven für E-Government
in der Wiesbadener Bevölkerung | (Juni 2003) |
| 26 | Sportverhalten der Wiesbadener Bevölkerung
Teil I: Ergebnisse der Erwachsenenbefragung | (Juli 2003) |
| 27 | Sportverhalten der Wiesbadener Bevölkerung
Teil II: Ergebnisse der Kinder- und Jugendbefragung | (Juli 2003) |
| 28 | Die Wiesbadener Stadtverwaltung und ihre Kunden | (Januar 2004) |
| 29 | Beteiligung als Teil der Bürgerfreundlichkeit planender Verwaltungsbereiche
Wiesbadens | (August 2004) |
| 30 | Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern
aus der Sicht der Wiesbadener Bürger | (Juli 2004) |
| 31 | Wohndauer im Wandel
Veränderungen in Wiesbaden von 1997 bis 2004 | (Dezember 2005) |
| 32 | Das Heiratsverhalten von Wiesbadenern ausländischer Herkunft | (Januar 2006) |
| 33 | Berufspendler von und nach Wiesbaden | (Februar 2006) |
| 34 | Frauen in Wiesbaden | (März 2006) |
| 35 | Jugendliche in Wiesbaden
Zu den Lebenslagen der 14- bis 22-Jährigen | (August 2006) |
| 36 | Die Entwicklung des Pkw-Bestandes in Wiesbaden 1995 - 2005 | (September 2006) |
| 37 | Wohnen und Leben im Alter | (Juli 2007) |
| 38 | Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen in Wiesbaden | (August 2007) |
| 39 | Familienfreundlichkeit aus Bürgersicht
Wiesbaden im Städtevergleich | (September 2007) |

Publikationsbezug ist kostenfrei

Aktuelle Hefte sind im Internet abrufbar www.wiesbaden.de/statistik

Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung,
Information & Dokumentation, Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden
☎ 06 11/31-54 34, FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de



Informierte wissen mehr ...



Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung
Wilhelmstraße 32 | 65183 Wiesbaden

Telefon 06 11 | 31 54 34
E-Mail dokumentation@wiesbaden.de



www.wiesbaden.de/statistik